

Die unabhängige US-Journalistin Amanda Sperber berichtet über die Opfer des geheimen US-Luftkrieges, den das U.S. AFRICOM von Stuttgart und Ramstein aus in Somalia führt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 032/19 – 15.03.19

Der verdeckt geführte US-Luftkrieg in Somalia

Seit Trumps Amtsantritt ist es fast unmöglich geworden, zu erfahren, wer warum im Auftrag der US-Regierung getötet wird

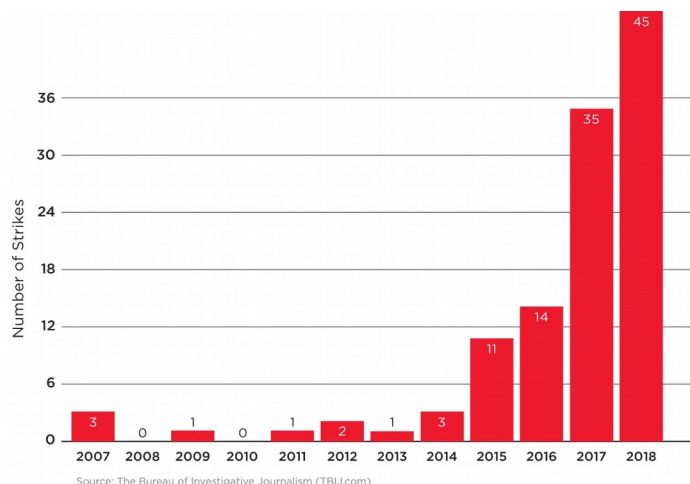
Von Amanda Sperber

The Nation, 07.02.19

(<https://www.thenation.com/article/somalia-secret-air-campaign/>)

Halimo Mohamed Abdi berichtete, dass ihr bei der Explosion beide Hüften brachen, Bombensplitter in einen Oberschenkel eindringen und ihre Brüste durch tiefe Brandwunden zerstört wurden. Bevor sie das Bewusstsein verlor, sah sie noch, dass drei Jungen im Alter von 9, 10 und 16 Jahren von der Bombe getötet wurden, die nachts in einem Feld bei Bariire, einem Dorf 30 Meilen (54 km) westlich der somalischen Hauptstadt Mogadischu (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Mogadischu>) einschlug. Sie fügte hinzu, dass der Angriff vom Himmel kam und dass sie drei Monate im Krankenhaus verbringen musste.

Als Abdi entlassen wurde, fand sie ihr Haus in Trümmern, und 25 ihrer Ziegen waren tot. **Jetzt lebt sie im Camp Salama, einem der 996 verkommenen Zeltlager entlang der 20 Meilen (32 km) langen Straße, die von Afgooye nach Mogadischu führt. In den Lagern hausen mehrere zehntausend Somalier, die vor US-Luftangriffen und den Kämpfen zwischen Regierungsmilizen und der Al-Shabaab, einer extremistischen, Al-Qaida nahestehenden Gruppierung, geflohen sind** [s. <https://www.cfr.org/background-der/al-shabab>].



US-Luftangriffe in Somalia von 2007 bis 2018

Weil Abdi wie viele somalische Hirten nicht nach dem westlichen Kalender lebt, kann sie das genaue Datum des Angriffs nicht angeben. Sie sagt, er habe ungefähr zwei Wochen vor dem letztjährigen Eid al-Fitr (dem islamische Fest des Fastenbrechens, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Fest_des_Fastenbrechens) stattgefunden, das am Abend des 14. Juni 2018 begonnen hat.

Das United States Africa Command (U.S. AFRICOM in Stuttgart, weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02213_210213.pdf und https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Africa_Command) ist die einzige militärische Instanz, die zugibt, dass sie in den Gebieten Somalias, die als Shabeellaha Hoose (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Shabeellaha_Hoose) und Shabeellaha Dhexe bekannt sind, Luftangriffe mit Kampffjets und Drohnen durchführt. Sie liegen nur wenige Auto-

stunden südlich von Mogadischu und sind Hochburgen der Al-Shabaab (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_\(Miliz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_(Miliz)))



Karte entnommen aus Google

Am 1. Juni 2018 gab das AFRICOM eine Pressemitteilung heraus [s. <https://www.africom.mil/media-room/pressrelease/30848/u-s-conducts-airstrike-in-support-of-the-federal-government-of-somalia>], der zu entnehmen war, dass am 31. Mai 2018 rund 30 Meilen (54 km) südwestlich von Mogadischu ein Luftangriff stattfand, bei dem 12 "Terroristen" getötet wurden. Die AFRICOM-Mitteilung lässt aber wichtige Fragen offen: Wurden die drei getöteten Jungen als Terroristen mitgezählt? Warum wurde Abdis Gehöft ins Visier genommen? War das überhaupt der Angriff, den sie beschrieben hat?

Seit der Eskalation der US-Luftangriffe in Somalia stellen sich solche Fragen immer wieder. Nach vom Pentagon bestätigten Angaben hat sich die Anzahl der jährlichen Luftoperationen des US-Militärs in diesem Land seit Donald Trumps Amtsantritt fast verdreifacht, die Gründe dafür werden aber immer undurchsichtiger.

operationen des US-Militärs in diesem Land seit Donald Trumps Amtsantritt fast verdreifacht, die Gründe dafür werden aber immer undurchsichtiger.

"Wegen der mangelhaften Transparenz der gesamten Antiterror-Politik der seit 2017 amtierenden Trump-Regierung ist es auch schwer, zu erkennen, nach welchen Kriterien die Terrorbekämpfung in Ländern wie Somalia betrieben wird," stellte Joshua Geltzer (s. <https://foreignpolicy.com/author/joshua-a-geltzer/>) fest, der von 2015 bis 2017 Direktor für Terrorbekämpfung im Nationalen Sicherheitsrat war.

Im März 2018 haben 13 NGOs, darunter auch die American Civil Liberties Union (s. https://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union) und die Human Rights Clinic at Columbia Law School (s. <https://www.law.columbia.edu/human-rights-institute/initiatives/about>) in einer Stellungnahme den Mangel an Informationen über den Einsatz bewaffneter Drohnen und anderer tödlicher Gewalt durch die Trump-Regierung kritisiert: "Wir befürchten, dass die von der Trump-Regierung betriebene Politik und besonders die dramatische Steigerung der von ihr angeordneten Tötungsoperationen im Jemen und in Somalia zu einer Zunahme illegaler Tötungen von Zivilisten führen wird."

Der demokratische Abgeordnete Adam Smith (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Smith_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Smith_(Politiker))) aus dem Bundesstaat Washington und neue Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, kritisierte die Trump-Regierung, weil sie Informationen darüber dem Kongress vorenthalte. Die Regierung habe es bisher versäumt, den Kongress über ihre Militäraktionen zu unterrichten, die im National Defense Authorization Act von 2018 (s. <https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/2810>) beschlossen worden seien. "Wir wurden bisher nicht über die von der Regierung verfolgte längerfristige Strategie informiert," rügte Smith, "obwohl wir die Offenlegung dieser Strategie gefordert haben und die Regierung nach dem Gesetz dazu verpflichtet ist."

Das Weiße Haus hat bisher nicht auf die Bitte um einen Kommentar reagiert.

Im Oktober und November 2018 habe ich fünf Wochen in Somalia verbracht und die Auswirkungen der US-Luftoperationen untersucht. Ich wollte herausfinden, ob es auch tödliche Angriffe auf Zivilisten gegeben hat, über die nicht berichtet wurde, und habe deshalb 25 Somalier aus Shabeellaha Hoose und Shabeellaha Dhexe inter-

viewt, die durch Luftangriffe obdachlos wurden und jetzt in Camps in der Nähe Mogadischus leben. Ich habe auch Informationen und Einblicke von aktiven und ehemaligen Führungskräften somalischer und US-amerikanischer Sicherheits- und Geheimdienste, US-Diplomaten, Mitarbeitern von US-Sicherheitsfirmen, Abgeordneten des somalischen Parlaments und einem runden Dutzend somalischer und US-amerikanischer Analysten, Aktivisten und Entwicklungshelfer mit guten Beziehungen erhalten.

Dabei bin ich auf Luftangriffe gestoßen, die erst nachträglich vom AFRICOM bestätigt wurden, aber auch auf solche, die es nicht betätigt hat – was Anlass zu der Annahme gibt, dass auch ein US-Geheimdienst (Drohnen-)Angriffe in Somalia fliegen lässt. Meine Nachforschungen haben auch ergeben, dass die dreiste Behauptung des AFRICOM, Zivilisten seien nicht zu Tode gekommen, mit ziemlicher Sicherheit falsch ist. Dabei kam auch heraus, dass die US-Regierung "Terroristen" nicht klar definiert hat; weder das AFRICOM, noch das Pentagon oder der Nationale Sicherheitsrat waren dazu bereit, zu erklären, wen sie eigentlich aus welchen Gründen angreifen lassen.

Die Beziehungen zwischen den Sicherheitsapparaten der USA und Somalias haben sich Anfang 2017 mit dem Amtsantritt neuer Präsidenten in beiden Staaten intensiviert. Nach einem im März 2017 in der *New York Times* veröffentlichten Bericht [s. <https://www.nytimes.com/2017/03/30/world/africa/trump-is-said-to-ease-combat-rules-in-somalia-designed-to-protect-civilians.html>] hat **Präsident Trump schon damals eine Direktive unterzeichnet, mit der Teile Somalias für mindestens 180 Tage zu "Gebieten aktiver Feindseligkeiten" erklärt wurden.** Damit erhielt das AFRICOM in diesem Bereich auch mehr Spielraum für die Durchführung von Luftangriffen. Während des größten Teils der Amtszeit des Präsidenten Obama durften nur vermutliche Al-Shabaab-Mitglieder (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_\(Miliz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_(Miliz))) ins Visier genommen werden, die man verdächtigte, auch die USA zu bedrohen. Mit der neuen Trump-Direktive wurde AFRICOM dazu befugt, alle zu töten, die in Verdacht standen, der Al-Shabaab anzugehören; ab sofort war auch weniger Koordination zwischen dem US-Militär und den US-Geheimdiensten bei den Luftangriffen erforderlich.

Zwei Jahre später wollte mir das U.S. AFRICOM nicht mitteilen, ob es die "Gebiete aktiver Feindseligkeiten" immer noch gibt, und welcher Teil Somalias dazu gehört. Das AFRICOM wollte sich auch nicht zu der Frage äußern, welche US-Dienststellen an der Auswahl der Ziele beteiligt waren und sind und hat mich stattdessen an einen Sprecher des US-Verteidigungsministeriums verwiesen. Diese Person ließ mich wissen, dass ich meine Frage besser an ein Mitglied des National Security Council, abgekürzt NSC (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council), richten sollte. Der NSC sagte zu, meine Anfrage prüfen zu wollen, hat sie aber bisher nicht beantwortet.

Auch in Somalia ist vieles unklar geblieben. Abdullahi Mohamed Sanbalooshe (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Abdullahi_Mohamed_Ali), der Direktor der somalischen Geheimdienst- und Sicherheitsbehörde, erklärte, **die Vereinbarungen zwischen beiden Staaten hätten ab 2014 und auch von April 2017 bis Februar 2018 nur "informellen Charakter"** (s. <https://www.wortbedeutung.info/informell/>) gehabt. Erst danach sei ganz wenig schriftlich fixiert und noch weniger unterzeichnet worden; das Vereinbarte sei wenig konkret. Es habe auch "keine militärischen Abmachungen, sondern nur ein "Gentlemen's Agreement" (zur Erläuterung s. https://de.wikipedia.org/wiki/Gentlemen_%E2%80%99s_Agreement) zwischen Geheim- und Sicherheitsdiensten gegeben.

Die Zusammenarbeit ging erst vom Informellen ins Optionale (s. <https://www.wissen.-de/fremdwort/optional>) über, als nur einen Monat nach Trumps Amtsantritt der Soma-

lier **Mohamed Abdullahi Mohamed** (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Mohamed_Abdullahi_Mohamed), der auch die US-Staatsbürgerschaft hat und **bekannter unter dem Namen Farmajo ist, zum Präsidenten Somalias gewählt wurde**. Ein höherer Berater des vorherigen und des gegenwärtigen Präsidenten Somalias, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben wollte, sagte mir, **Farmajo habe dem Pentagon einen "Blankoscheck" ausgestellt: Man könne zuschlagen gegen wen, wo und wann auch immer man wolle. Das AFRICOM behauptet allerdings immer noch, die Luftangriffe würden mit der somalischen Regierung abgesprochen.**

Trotz aller Hinweise, Analysen und guten Ratschläge, die mir angeboten wurden, ist nur eins wirklich sicher: **Seit Amtsantritt der Präsidenten Trump und Mohamed haben die mit Drohnen und Kampffjets durchgeführten Raketen- und Bombenangriffe sprunghaft zugenommen.**

Das Pentagon hat 2016 nur 14, 2017 schon 35 und 2018 sogar 45 "Präzisionsangriffe" in Somalia zugegeben. Das muss aber nicht die Gesamtzahl der Luftschläge sein.

Sowohl unter Obama als auch unter Trump war und ist das AFRICOM dazu bereit, durch Pressemitteilungen oder "auf Anfrage" Auskunft über von ihm angeordnete Luftangriffe (in Somalia) zu geben. **Ein Luftangriff wird also nur dann zugegeben, wenn er ohnehin bekannt wurde oder wenn das AFRICOM ausdrücklich nach einem Vorfall an einem bestimmten Tag gefragt wird, sonst äußert man sich nicht dazu.** "Wir erkennen an, was wir getan haben," erklärte John Manley, der Pressechef des AFRICOM. "Wenn wir sagen, das waren wir nicht, dann hatte AFRICOM auch nichts damit zu tun."

Candice Tresch, eine Sprecherin des Pentagons, erläuterte diese Praxis: "Dass das AFRICOM nur 'auf Anfrage' Auskunft gibt, geschieht aus Sorge um die operative Sicherheit, zum Schutz der US-Truppen und wegen möglicher diplomatischer Verwicklungen."

Kompliziert wird das Auskunftsverfahren außerdem dadurch, dass auch ein US-Geheimdienst Luftangriffe in Somalia durchführen lässt. Im März 2017 hat das *Wall Street Journal* unter Berufung auf ungenannte US-Offizielle berichtet [s. <https://www.nytimes.com/2017/03/30/world/africa/trump-is-said-to-ease-combat-rules-in-somalia-designated-to-protect-civilians.html>], **Trump habe auch der CIA die Anordnung eigener Drohnenangriffe erlaubt.** Unter Obama durfte die CIA nur Informationen sammeln und die Ziele ausfindig machen [s. <https://www.nytimes.com/2018/06/01/us/politics/pentagon-civilian-casualties.html>], tatsächlich zuschlagen durfte nur das dem Pentagon unterstehende Militär.

Daniel Mahanty (s. https://civiliansinconflict.org/dt_team/daniel-r-mahanty/), der Direktor des in den USA angesiedelten gemeinnützigen Center's for Civilians in Conflict (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Center_for_Civilians_in_Conflict), hat mir mitgeteilt: **"Nach unserer Kenntnis darf die CIA jederzeit und überall Menschen mit geheimen Luftangriffen umbringen, und die Gründe dafür sind nur einigen Regierungsvertretern bekannt. Warum sollte ausgerechnet die Trump-Regierung, die sowohl unser nationales als auch das Völkerrecht sehr großzügig interpretiert, die bisher übliche geheime Drohnen-Politik ändern?"**

Dieser Mangel an Transparenz hat dazu geführt, dass viel Verwirrung über die Absichten herrscht, die mit den US-Luftangriffen in Somalia verfolgt werden. Drei bisher unbekannte Luftangriffe kamen nur deshalb ans Licht, weil ich einen **Angriff auf Khadija Hassan Ali,**

eine Mutter von drei Kindern untersucht habe, der in Marka, einem rund 60 Meilen (96 km) südlich von Mogadischu liegenden Ort, stattgefunden hat.

Ali erzählte mir, ihr Mann, Abdullahi Scheich Hassan, sei Ende Juli 2018 bei einem Nachtangriff auf ihr Dorf vermutlich an einem Herzinfarkt gestorben – während heftiger Kämpfe zwischen Al-Shabaab und regierungstreuen Milizen. Sie ist sich des Zeitpunkts ziemlich sicher, weil es in Somalia Sitte ist, dass eine Frau vier Monate und 10 Tage um ihren verstorbenen Mann trauert; als ich Ende November 2018 mit ihr sprach, hatte sie die Daten noch im Kopf.

Das AFRICOM hat keine Angaben zu irgendwelchen Luftangriffen im Juli 2018 gemacht, aus einem Dokument, das ich von einer internationalen Menschenrechtsorganisation erhalten habe, geht aber hervor, dass es am 25. Juli in Qalimow, einem Dorf nördlich von Mogadischu, das rund 95 Meilen (152 km) von Alis Haus entfernt ist, einen Angriff gegeben haben muss. Ich fragte beim AFRICOM nach, ob es zwischen dem 22. und dem 27. Juli zu Angriffen gekommen sei. Auf meine Nachfrage gab ein Sprecher einen Luftangriff am 23. Juli zu, wollte aber nicht mitteilen, wo er stattgefunden hat. Nach wochenlangem Druck teilte mir AFRICOM schließlich mit, der Angriff sei 30 Meilen (48 km) nördlich von Kismayo, einer Hafenstadt im Süden Somalias, erfolgt, die Hunderte von Meilen sowohl von Qalimow als auch von Marka entfernt ist.

Diese Information stiftete nur noch mehr Verwirrung: Als ich das AFRICOM bat, sich zu dem von einer führenden internationalen Organisation erfassten Luftangriff am 25. Juli zu äußern, gab es einen Angriff am 23. Juli zu, der aber an einem ganz anderen Ort stattgefunden haben soll und auch nicht zu Alis Erinnerungen passte. **In der angegebenen Zeitspanne wurden also vermutlich insgesamt drei Luftangriffe geflogen – einen hat das AFRICOM zugegeben, einen zweiten hat die internationale Organisation registriert und an den dritten hat sich Ali erinnert. Keiner der drei Angriffe wurde offiziell bekannt gegeben, alle kamen nur "auf Anfrage" ans Licht.**

Isaak Osman, der zu seinem Schutz einen Decknamen erhalten hat, berichtete über einen weiteren Luftangriff, der in den Aufzeichnungen des AFRICOM nicht vorkommt. Bei diesem Luftangriff seien sein Bruder und mit ziemlicher Sicherheit auch sein Onkel getötet worden. Osman bestand darauf, dass weder er noch seine Familienmitglieder der Al-Shabaab angehörten.

Osman stammt aus O'wdhiile, einem Dorf, das rund 55 Meilen (88 km) südlich von Mogadischu in der Region Shabeellaha Hoose liegt. Er erzählte, Anfang Juli 2018 habe er gegen 17 Uhr eine Explosion gehört. Als sie vorbei war, sei er zur Farm seines Onkels gerannt und habe dort den toten Körper seines 38-jährigen Bruders gefunden. Sein Bruder habe seinem Onkel bei der Ernte geholfen. Der 42-jährige Onkel Abdullahi sei nicht mehr aufzufinden gewesen und vermutlich ebenfalls der Explosion zum Opfer gefallen.

Einen Tag danach seien Regierungssoldaten aufgetaucht und hätten den Explosionsort untersucht. Als sie wieder abgezogen waren, seien Kämpfer der Al-Shabaab gekommen und hätten die Dorfbewohner beschuldigt, mit den Regierungstruppen zu kollaborieren. Sechs Mitglieder dieser Gruppe hätten Osman sieben Tage lang verhört. Sie hätten ihm die Augen verbunden, ihn mit ihren Gewehren geschlagen und ihn wiederholt ins Bein geschossen.

Weil ein vor Ort befindlicher Emir seine Freilassung ausgehandelt habe, sei er auf einen Gemüsekarren geworfen und am Straßenrand abgestellt worden. Noch unter den Wunden leidend, die ihm seine Folterer zugefügt hatten, sei er in einer vier Stunden dauernden

Fahrt mit einem Kleinbus ins Medina Hospital nach Mogadischu gebracht worden; dort habe er vier Monate verbringen müssen, bis er wieder genesen war. Auch während dieser Zeit habe Al-Shabaab seinen Vater und seinen überlebenden Bruder bedroht. Heute lebt Osman im Camp Geedweyne, einer Ansiedlung in der Nähe der Siedlung Afgooye. Er müsse dort bleiben, weil er unter der doppelte Bedrohung durch US-Luftangriffe und Al-Shabaab-Überfälle nicht mehr leben könne.

Beim AFRICOM sind für Anfang Juli keine Angriffe in der Nähe von Osmans Wohnort verzeichnet, es hat gegenüber dem Bureau of Investigative Journalism (s. https://de.wikipedia.org/wiki/The_Bureau_of_Investigative_Journalism), einer gemeinnützigen britischen Journalistenvereinigung, aber drei Luftangriffe am 15., 20, und 21. Juli bestätigt [s. dazu auch <https://www.thebureauinvestigates.com/drone-war/data/somalia-reported-us-covert-actions-2017>]. Auf wiederholte Nachfrage gab AFRICOM auch die Namen der drei angegriffenen Ortschaften bekannt, der Wohnort Osmans war aber nicht darunter. Mit Osmans Bericht konfrontiert, teilte AFRICOM mit, keine Informationen über diesen Angriff zu haben. Das lässt vermuten, dass die CIA diesen speziellen Angriff fliegen ließ; auf diesbezügliche Presseanfragen hat sie aber nicht geantwortet.

Abgesehen von der Geheimniskrämerei um die Luftangriffe, hat auch in anderer Hinsicht die Transparenz abgenommen: bei Angaben über die Anzahl der dabei verwundeten oder getöteten Zivilisten. Wie bereits früher erwähnt, behauptet das AFRICOM, bei seinen Luftangriffen in Somalia sei bisher noch kein einziger Zivilist zu Schaden gekommen.

Ich habe den pensionierten Brigadegeneral Donald Bolduc (s. <https://spiritofamerica.org/staff/brigadier-general-donald-bolduc>), der von April 2015 bis Juni 2017 Chef des Special Operations Command Africa war, (das beim AFRICOM in den Kelley Barracks bei Stuttgart-Möhringen in Baden-Württemberg stationiert ist, s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Special_Operations_Command_Africa), gefragt, ob zivile Opfer möglicherweise nicht registriert würden? Er bejahte das zunächst, fügte dann aber hinzu: "Es ist möglich, ich weiß aber auch, dass es vorgeschriebene Verfahren gibt, um zivile Opfer zu vermeiden."

Nach Gesprächen mit ehemaligen Terrorbekämpfern und Experten hat *The Daily Beast* (s. https://de.wikipedia.org/wiki/The_Daily_Beast) im November 2018 berichtet, nach Angriffen sei es üblich, das Zielgebiet noch ein zweites Mal zu überfliegen, um das Ausmaß des angerichteten Schadens festzustellen [s. <https://www.thedailybeast.com/trump-ramped-up-drone-strikes-in-americas-shadow-wars>]. Das AFRICOM antwortete auf meine diesbezügliche Frage, über geheimdienstliche Überwachungs- und Kontrollmethoden gebe man keine Auskunft.

Was geschieht, wenn zivile Opfer vermutet werden, ist auch unklar. Das AFRICOM lässt von einem Civilian Casualty Allegation Team (einem Team, das Berichten über angebliche zivile Opfer nachgeht) Nachforschungen anstellen; es arbeitet dabei mit anderen US-Behörden, NGOs und Regierungen anderer Staaten zusammen und wertet außerdem Medienberichte aus.

Nach Aussagen zweier ehemaliger somalischer Sicherheitsbeamter – der eine war Sanbaalooshe, der ehemalige Chef des Nationalen Geheim- und Sicherheitsdienstes, der andere ein somalischer Rechtsexperte und Aktivist – fehlen der somalischen Regierung aber die Kapazitäten, die für eine nachträgliche Untersuchung der Luftangriffe gebraucht würden.

Sagal Bihi, die dem somalischen Parlament angehört und früher dem somalischen Komitee für Menschen- und Gender-Rechte vorsah, teilte mir mit, sie habe das Thema "zivile

Opfer" bereits 2017 im Verteidigungsministerium zur Sprache gebracht und damals gesagt bekommen, das somalische Militär überprüfe "nach Möglichkeit" alle Berichte über getötete oder verwundete Zivilisten [s. <https://www.thedailybeast.com/trump-ramped-up-drone-strikes-in-americas-shadow-wars>]. Das Militär ist dazu aber kaum in der Lage, und die Clans, die früher das Land kontrollierten und komplizierte Beziehungen zu dessen Regierung haben, halten häufig Informationen zurück. Außerdem habe ich in meinen Interviews erfahren, dass die Al-Shabaab-Miliz in den von ihr besetzten Territorien die Benutzung von Smartphones, mit denen man fotografieren und Bilder verschicken kann, zu unterbinden versucht. All das erschwert Nachforschungen über zivile Opfer, aber fast jeder Somalier, mit dem ich gesprochen habe, war sicher, dass auch Menschen ohne jede Verbindung zu Al-Shabaab bei den Luftangriffen getötet wurden. "Zivile Opfer wird es immer geben," sagte Frau Bihi, "weil wir über einen Feind sprechen, der sie als 'menschliche Schutzschilde' einsetzt."

Felix Horne (s. <https://www.hrw.org/about/people/felix-horne>), der führende Afrika-Experte von Human Rights Watch (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Human_Rights_Watch), hat mir in einer E-Mail mitgeteilt, seine Organisation sei "sehr besorgt über die ständige Zunahme ziviler Opfer von US-Drohnen in den Gebieten Shabeellaha Hoose und Shabeellaha Dhexe, wo der Kampf gegen die Al-Shabaab hauptsächlich stattfindet". Er fügte hinzu: "Die Regierung Somalias hat bisher nichts unternommen, um die Meldungen über zivile Opfer zu überprüfen."

Die Büros des Präsidenten und des Premierministers Somalias haben meine Fragen nach zivilen Opfern nicht beantwortet.

Außerdem haben mir zwei ehemalige somalische Sicherheitsberater der höchsten Ebene erklärt, zivile Opfer seien kaum zu vermeiden, weil die US-Behörden nicht in der Lage seien, zuverlässige Informationen im Land selbst zu sammeln. "Es gibt nicht genügend geheimdienstliche Erkenntnisse, um diese Drohnenangriffe zu rechtfertigen," meinte einer. "Außerdem hat das US-Militär auch nicht genügend Dolmetscher, und die CIA bewegt sich überhaupt nicht aus der sicheren Grünen Zone in Mogadischu heraus."

"Es gibt nur sehr wenige Menschen im Pentagon, die Ihnen erklären können, was wir eigentlich in Ostafrika wollen," gab General Bolduc zu. "Wenn sie zu einer Konferenz über Ostafrika kommen, lesen sie vorher ein paar Berichte, um sich 'intelligent' darüber unterhalten zu können."

Ich habe beim AFRICOM, beim Pentagon, bei der CIA und beim Nationalen Sicherheitsrat nachgefragt, mit welchen Methoden sie herausgefunden haben, dass die getöteten Menschen tatsächlich Mitglieder der Al-Shabaab waren, und über welche geheimdienstlichen Kapazitäten die USA in Somalia verfügen. Niemand hat auf meine Fragen geantwortet.

Von den 25 durch Luftangriffe aus ihren Dörfern vertriebenen Somaliern, die ich interviewt habe, hat nur einer nach der Ursache der Luftangriffe gefragt. Nur er ist auf Menschenrechtsorganisationen und die Medien zugegangen, um sich und sie zu informieren. Die meisten anderen treibt nur ihr Schmerz und ihre Verwirrung über die Angriffe auf ihre Dörfer um. Osman, der Mann aus O'wdhiile, der seinen Bruder und seinen Onkel verloren hat, glaubt, der Angriff sei nicht gegen Zivilisten gerichtet, also nur ein Irrtum gewesen. Wenn sich die US-Regierung aber weiterhin über die Luftangriffe ausschweigt, wird es für Osman und alle anderen Geschädigten unmöglich sein, zu begreifen, warum wir in Somalia Menschen umbringen, und welche tödlichen Fehler wir dabei machen.

Amanda Sperber ist eine freiberufliche US-Journalistin, die in Ostafrika arbeitet.

(Wir haben den erschütternden Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat die Autorin [s. <https://foreignpolicy.com/author/amanda-sperber/>] selbst eingefügt.

Wir möchten unsere Leser darauf hinweisen, dass die Befehle für die US-Drohnenangriffe in Somalia zwar vom U.S. AFRICOM in Stuttgart erteilt, aber von der U.S. Air Force Africa, abgekürzt AFAFRICA [weitere Hinweise dazu unter <https://www.africom.mil/about-the-command/our-team/u-s-air-forces-africa>], umgesetzt werden. Dieses Kommando, das den U.S. Air Forces in Europe, abgekürzt USAFE, angegliedert ist, befindet sich – wie die SATCOM-Relaisstation, über die der gesamte Datenaustausch mit den US-Drohen in Somalia erfolgt – auf der US Air Base Ramstein [s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14917_130917.pdf].

Derzeit findet vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster der Berufungsprozess eines Somaliers gegen die Bundesregierung statt; dessen Vater war bei einem US-Drohnenangriff ums Leben gekommen. Der Kläger wirft der Bundesregierung vor, aus dem Grundgesetz erwachsende Schutzpflichten verletzt zu haben, weil die Tötung seines Vaters über Einrichtungen am Standort des U.S. AFRICOM in Stuttgart und auf der US Air Base Ramstein erfolgt sei und gegen das Völkerrecht verstoße. Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/muenster-somalier-verklagt-deutschland-wegen-us-drohnenangriff-a-1257616.html>, <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/kaiserslautern/Toedliche-Angriffe-in-Jemen-und-Somalia-Prozesse-um-Drohnenkrieg-via-Ramstein-drohnen-ramstein-prozess-100.html>, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ovg-muenster-drohnen-usa-ramstein-militaer-toetungen-jemen-grundgesetz-voelkerrecht/> und <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw50-de-drohnenkrieg-484770>.

Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The logo for 'The Nation' news outlet, featuring the word 'THE' in a small, red, serif font above the word 'Nation.' in a larger, red, serif font.

Inside the Secretive US Air Campaign In Somalia

Since Trump took office, figuring out whom the US is killing and why has become nearly impossible.

By Amanda Sperber

February 7, 2019

Halimo Mohamed Abdi said the blast broke both her hips, left shrapnel embedded in her thigh, and caused terrible burns that cost her both breasts. Before she lost consciousness, she told me, she saw three boys – ages 9, 10, and 16 – die in the explosion, which occurred at night in a field outside Bariire, a village 30 miles west of the Somali capital of Mogadishu. She also said the strike came from the sky and that afterward she had to be hospitalized for three months.

When Abdi was finally able to leave the ward, she found her house in ruins and 25 of her goats dead. Now she lives in Salama camp, one of the 996 squalid settlements lining the 20-mile road that runs from Afgooye to Mogadishu. The camps are filled with tens of thousands of Somalis who have fled American air strikes and the fighting between government militias and Al Shabab, the extremist group linked to Al Qaeda.

Abdi, like many Somali herders, doesn't follow the Western calendar, so she's unsure of the exact date of the strike. But she says it was about two weeks before Eid al-Fitr, which began on the evening of June 14 last year.

The United States Africa Command is the only military actor that acknowledges conducting air and drone strikes in this region of Somalia, known as Lower and Middle Shabelle. Located just a few hours outside Mogadishu, both areas are Al Shabab strongholds. On June 1, AFRICOM issued a press release stating that, on May 31, a strike had been conducted 30 miles southwest of Mogadishu, killing 12 "terrorists." But the AFRICOM statement only raised more questions: Did the American command count the three boys killed as terrorists? Why was Abdi's farm targeted? Was this even the attack she described?

Such questions have become increasingly common with the escalation of US air operations in Somalia. Since Donald Trump took office, the US military has approximately tripled the number of strikes that it conducts each year in Somalia, according to figures confirmed by the Pentagon, while such actions—and the reasons behind them—have become increasingly opaque.

"It's hard to know what standards and processes the Trump administration, since taking office in 2017, has been applying to counterterrorism operations in places like Somalia, given the administration's retrenchment on transparency with respect to the overall policy framework governing counterterrorism strikes," said Joshua Geltzer, the senior director for counterterrorism at the National Security Council from 2015 to 2017.

In March of last year, 13 NGOs, including the American Civil Liberties Union and the Human Rights Clinic at Columbia Law School, released a statement criticizing the lack of information on the use of armed drones and other lethal force by the Trump administration: "We are deeply concerned that the reported new policy, combined with this administration's reported dramatic increase in lethal operations in Yemen and Somalia, will lead to an increase in unlawful killings and in civilian casualties."

Representative Adam Smith (D-WA), the new chair of the House Armed Services Committee, said that the Trump administration hasn't even shared this information with Congress. The administration, he said, has failed to deliver a report on its military actions in Somalia that was mandated by the 2018 National Defense Authorization Act. "We don't know what the strategy is," Smith said, "because we required the administration to lay out its long-term strategy... but they have not yet done so, as required by law."

The White House did not respond to requests for comment.

Over October and November of 2018, I spent five weeks in Somalia investigating the impact of the US air campaign. My goal was to find out whether there were strikes happening that were not being made public and civilian casualties that were not being disclosed. I interviewed 25 Somalis from Lower and Middle Shabelle who had been displaced by the strikes and were now living in camps near Mogadishu. Others who provided me with information or insights included current and former senior Somali security and intelligence officials; current and former senior American security and diplomatic officials and contractors; members of the country's Federal Parliament; and about a dozen well-connected Somali and American analysts, activists, and aid workers.

My investigation identified strikes that went unreported until they were raised with AFRICOM, but also others that AFRICOM could not confirm—which suggests that another US agency may also be launching air attacks in the region. The investigation also tracked

down evidence that AFRICOM's claim of zero civilian casualties is almost certainly incorrect. And it found that the United States lacks a clear definition of "terrorist," with neither AFRICOM, the Pentagon, nor the National Security Council willing to clarify the policies that underpin these strikes.

The relationship between the United States' and Somalia's security apparatuses evolved with the new presidents who took office in both countries in early 2017. In March of that year, The New York Times reported that President Trump had signed a directive that designated parts of Somalia as areas of "active hostilities" for at least 180 days. This designation granted AFRICOM greater flexibility to launch strikes in those regions. During most of President Obama's time in office, suspected members of Al Shabab could only be targeted if they were judged to be threats to the United States. The new directive allowed AFRICOM to kill anyone deemed to be a member of Al Shabab, and it also required less coordination between military and intelligence agencies before a strike could take place.

Nearly two years later, the United States Africa Command will not say whether the declaration of "active hostilities" is still in place or what parts of Somalia it applies to. Nor would AFRICOM comment on which agencies were helping to vet the targets or had done so in the past, instead referring me to a spokesperson at the Department of Defense. That person told me that a member of the National Security Council was better placed to answer my questions. The NSC said they would look into my queries but did not respond in time for publication.

Changes were afoot in Somalia as well. The rules of engagement between the two countries have always been informal, according to Abdillahi Mohamed Sanbalooshe, the director of Somalia's National Intelligence and Security Agency in 2014 and again from April 2017 through February 2018. Sanbalooshe told me that little was written down, less was signed, and nothing was concrete. There was "no military agreement; there is only gentleman's agreement," he recalled of the operational arrangements regarding intelligence and security.

But the cooperation went from informal to optional when, a month after Trump's inauguration, Somalia elected Mohamed Abdullahi Mohamed, a dual US-Somali national better known as Farmajo, as president. A senior adviser to Somalia's previous and current presidents, who spoke on condition of anonymity to protect his safety, told me that Farmajo gave the Pentagon a "blank check" when it came to deciding where and when to strike. (AFRICOM maintains that strikes are coordinated with the Somali government.)

Despite all the comments, analyses, and educated guesses that I was offered, the only certain facts are these: Since the inaugurations of Trump and Mohamed, drone attacks and bombings have spiked.

The Pentagon reported 45 "precision strikes" in Somalia in 2018, up from 35 in 2017 and 14 in 2016. But this may not represent the full extent of the US air campaign.

Under both the Obama and Trump administrations, AFRICOM's policy has been to publicly acknowledge the strikes through a press release or the "responses to questions" (RTQ) policy, which means that a mission will be avowed if AFRICOM is specifically asked about an occurrence that happened on a precise date; otherwise it may go unannounced. "We acknowledge whatever we've done," said John Manley, the Africa Command's media-relations chief. "If we say, 'No, it did not happen,' then no, it did not happen from US AFRICOM."

Candice Tresch, a Pentagon spokesperson, explained the policy further: “When AFRICOM limits their acknowledgement to ‘response to query,’ it is because of a realistic operational-security concern, a significant force-protection matter, or potential diplomatic sensitivities.”

Complicating this picture is the very real possibility that another US agency is also conducting strikes in Somalia. In March 2017, The Wall Street Journal reported that, according to unnamed officials, Trump had granted the CIA permission to launch drone strikes on its own. Under the Obama administration, the CIA had been used to gather intelligence and locate the targets, but the Pentagon was supposed to make the actual strike.

Daniel Mahanty, the US program director for the nonprofit Center for Civilians in Conflict, told me: “As far as we know, the CIA could be executing people through secret air strikes just about anywhere, and for reasons only known to some in the government. Nothing would prevent it under this administration’s expansive interpretation of domestic and international law or what we know about its still-secret drone policy.”

This lack of transparency has produced an almost total sense of confusion over what the United States is doing with its air attacks in Somalia. Three previously unreported strikes came to light as I investigated the story of an attack relayed by Khadija Hassan Ali, a mother of three from Marka, a city about 60 miles south of Mogadishu.

Ali said that her husband, Abdullahi Sheikh Hassan, died in late July from what she believes was a heart attack after nighttime strikes hit her village amid fighting between Al Shabab and government-led militias. She is certain of the timing because, in Somali culture, a wife formally mourns for four months and 10 days after the death of her husband, so she had the dates in mind when I talked with her in late November.

AFRICOM did not publicly announce any strikes in July, but a document leaked to me by an international human-rights organization indicated an attack on July 25 in Qalimow, a village to the north of Mogadishu and about 95 miles from Ali’s home. I approached AFRICOM and asked if any strikes had occurred between July 22 and 27. Applying RTQ, a spokesperson acknowledged a strike on July 23 but would not specify the location. After weeks of pressing, AFRICOM said the strike happened 30 miles north of Kismayo, Somalia’s southern port city, which is hundreds of miles from both Qalimow and Marka.

This information only makes the situation more puzzling: When asked to avow a strike that a major international organization noted on July 25, AFRICOM admitted a strike in an entirely different location on July 23, and neither of these strikes match Ali’s recollections. In other words, there may have been three different strikes—one acknowledged by AFRICOM, one noted by the international organization, and one recalled by Ali—all around the same time, none of which were previously made public, and only one of which came to light via RTQ.

Isaak Osman (an alias to protect his safety) told me about another air strike that AFRICOM says doesn’t match its records. Osman said the strike killed his brother and almost certainly his uncle as well, and he insists that neither he nor his family members were part of Al Shabab.

Osman is from O’wdhiile, a village about 55 miles south of Mogadishu in Lower Shabelle. Around 5 pm in early July 2017, Osman said he heard an explosion. He waited until it seemed safe, and then ran to the farm that was hit—only to find the body of his 38-year-old brother. Osman said his brother was picking fruit with his uncle, 42-year-old Abdullahi, whom he has not seen since and presumes was killed in the blast.

A day later, Osman said, government soldiers came and inspected the scene. After they left, Al Shabab arrived and accused villagers of feeding the government information. Six members of the group interrogated Osman for seven days. He said they blindfolded him, beat him with their rifles, and shot him repeatedly in the leg.

After a local emir negotiated his release, Osman continued, he was tossed in a vegetable cart and left on the side of the road. Still suffering from the wounds of his torture, he took a four-hour minibus ride to Mogadishu, where he spent four months recovering at Medina Hospital. He said that during this time, Al Shabab kept threatening his father and surviving brother. Today, Osman lives in Geedweyne camp, a settlement near Afgooye. He has to stay there, he told me, because between the strikes and Al Shabab, “there is no space to live.”

AFRICOM doesn’t list any strikes near his location in July 2017, but in November 2017, it confirmed three previously unreported strikes on July 15, 20, and 21 to the Bureau of Investigative Journalism, a British nonprofit newsroom. After repeated questioning, AFRICOM released the location of the three strikes to me; none are near Osman’s home. When approached with Osman’s story, AFRICOM stated that it didn’t match any of its records. This raises the possibility that it was a CIA strike; the CIA has not responded to any press inquiries for this article.

Aside from the mystery surrounding such strikes, there’s another critical area where transparency has decreased: civilian injuries and deaths. As mentioned earlier, AFRICOM maintains that its air strikes have not caused a single civilian casualty in Somalia.

I asked retired Brig. Gen. Donald Bolduc, who served as the head of Special Operations Command Africa from April 2015 to June 2017, if he thought that civilian casualties could have gone unrecorded. He said that he did, but in a follow-up message, he clarified: “There is a possibility. But I also know there are established procedures to avoid civilian casualties.”

In November, The Daily Beast reported, based on conversations with former counterterrorism officials and experts, that the review process after a strike involves planes making a second pass over the area hit to determine the extent of the damage. When asked about its procedures, AFRICOM said that it would not comment on its intelligence or surveillance methods.

What happens if civilian casualties are suspected is also muddy. Within AFRICOM, a Civilian Casualty Allegation Team is designated to investigate, and it works with other agencies, NGOs, and governments, as well as media reports, to assess the claims.

However, two former Somali security officials—including Sanbalooshe, the former head of the National Intelligence and Security Agency—as well as a Somali legal expert and activist said the Somali government does not have the capacity to help investigate these strikes.

Sagal Bihi, a member of Parliament and the former chair of Somalia’s Human Rights, Gender, and Humanitarian Committee, told me that she had raised the issue of civilian casualties with the Ministry of Defense in 2017 and was told that the military “investigates as needed” into any such allegations. But the national military is barely functioning, and the clans that once controlled pockets of the country have complicated relationships with the government and may be reluctant to share information with it. Additionally, according to my interviews, Al Shabab bans the use of smartphones in the territories it holds, which makes taking photographs and sending information difficult. All of these factors make civilian casu-

alties hard to investigate, but nearly every Somali I spoke with was certain that people with no connection to Al Shabab were being killed in the air strikes. “Civilian casualties will always exist,” Bihi said, “because we are talking about an enemy that really takes ‘human shield’ to the next level.”

Felix Horne, the senior Africa researcher at Human Rights Watch, told me in an e-mail that his organization “is concerned about ongoing allegations of civilian casualties caused by US drone strikes in the Middle Shabelle and Lower Shabelle regions, where much of the fight against Al Shabab is taking place.” He added, “The federal government of Somalia has not taken any known measures to investigate these claims.”

Somalia’s Office of the Prime Minister and Office of the President did not respond to queries about civilian casualties.

Further, two high-level former Somali security advisers say civilian casualties are all the more likely because the United States doesn’t have the ability to collect solid information on the ground. “There’s not enough intelligence to justify kinetic strikes,” said one. “They [the US military] don’t have enough linguists. Even the CIA doesn’t go out [of the Green Zone],” an area of tight security in Mogadishu.

“There are very few people in the Pentagon that can even explain to you what is going on in East Africa off the top of their head,” General Bolduc admitted. “They have to have a scheduled meeting so they can read ahead and sound intelligent about it.”

I asked AFRICOM, the Pentagon, the CIA, and the National Security Council about their methods for determining whether the people killed in air strikes were members of Al Shabab, as well as the United States’ intelligence capabilities in Somalia. None responded to such questions.

Of the 25 Somalis displaced by air strikes that I interviewed, only one said that he was seeking answers to what happened. He’s speaking to human-rights organizations and the media, but most of the others communicated a sense of pain and bewilderment about why their villages had been hit. Osman, the man from O’wdhiile who lost his brother and uncle, said he assumed the attack didn’t intend to target civilians, that it had all been a mistake. But until the US government opens up about these strikes, it will be almost impossible for Osman or anyone else to learn who the United States is killing in Somalia and why, or what lethal errors we’re making.

Amanda Sperber Amanda Sperber is an East Africa–based freelance journalist.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern